

**3 Beleidigungen und Lügen per Handy**  
Regierung informiert über Cybermobbing unter Kindern.

**13 Regierung prüft erneut IWF-Beitritt**  
Mitgliedschaft könnte die Reputation des Finanzplatzes stärken.

**15 Startschuss zur Rückrunde**  
**USV empfängt den SV Höngg**  
Unterländer wollen in die Aufstiegsspiele

ANZEIGE  
**TOPJOB.li**

# Volksblatt



Freitag, 1. März 2019  
142. Jahrgang Nr. 41

Die Tageszeitung  für Liechtenstein

## Heute

### Närrischer Geburtstag Jubiläumsfeier der Narrenzunft Ruggell

Am gestrigen «schmotziga» Donnerstag erfolgte der Startschuss zur Hauptfasnacht. Ein Fest für alle «Fasnachtsbutzis». Grund zu feiern hat aber vor allem die Narrenzunft Ruggell. Sie wird dieses Jahr 50 Jahre alt und feiert heute Abend im Gemeindesaal in Ruggell ihr Jubiläum. Auch sonst werden Narren und Närrinnen dieses Wochenende voll auf ihre Kosten kommen. Weiteres zum bevorstehenden Faschnachtswochenende und dessen Veranstaltungen auf den **Seiten 6 und 7**.

**Ausland** US-Präsident Donald Trumps Gefühl hat getäuscht: Der Gipfel mit Nordkoreas Machthaber Kim Jong-un ist gescheitert. Die Gespräche wurden vorzeitig abgebrochen. **Seite 12**

**Kultur** Heute vor 25 Jahren endete in München ein Kapitel Musikgeschichte: Nirvana gaben am 1. März 1994 ihr letztes Konzert, rund einen Monat später war Frontmann Kurt Cobain tot. **Seite 21**

**Wetter** Bewölkt und nasser Start in den Monat März.  
**Seite 22**



## Inhalt

Inland	2-9	Kultur	21
Ausland	12	Kino/Wetter	22
Wirtschaft	13+14	TV	23
Sport	15-20	Panorama	24

**Fr. 2.50** [www.volksblatt.li](http://www.volksblatt.li)  
Verbund Südostschweiz



ANZEIGE



**Kräutler**  
MODE. BEWUSST. SEIN.  
»MEHR ALS 100 LABELS AUF ÜBER 800 M<sup>2</sup>«  
»MODE BIS GRÖSSE 52«  
KRÄUTLER MODE. BEWUSST. SEIN.  
RINGSTRASSE 16 | 6840 GÖTZIS | AUSTRIA  
[WWW.KRAEUTLER.COM](http://WWW.KRAEUTLER.COM)

## Noch mehrere Varianten zu Spitalinfrastruktur auf dem Tisch

**Vertagt** In Sachen Spitalinfrastruktur ist nur eines klar: Eine Sanierung oder ein Neubau am bestehenden Standort kommt für den Landtag nicht infrage. Die anderen Varianten - und allfällige weitere «grüne Wiesen» - bleiben jedoch im Rennen.

VON DANIELA FRITZ

Zwar dauerte die Debatte rund um die Spitalinfrastruktur rund fünfeinhalb Stunden - aber bereits zum Anfang kristallisierte sich heraus, dass sich der Landtag wohl nicht für eine der fünf von der Regierung präsentierten Varianten entscheiden würde. Klar war ebenfalls, dass eine Sanierung oder ein Neubau am bestehenden Standort nicht infrage kommt. Im Laufe der Debatte kamen aber neben einem Neubau auf dem Wille-Areal in Vaduz, dem von der Gemeinde in Aussicht gestellten Grundstück an der Zollstrasse sowie dem Klinikgebäude in Bendern sogar noch weitere Standorte auf - insbesondere die Vorsteher- und Bürgermeisterkandidaten positionierten hier «ihre» Gemeinden.

Weitgehend unbestritten war die Grundsatzfrage, ob Liechtenstein ein eigenes Spital haben soll. Die Mehrheit der Abgeordneten befürwortete dies klar und verwies auch auf die Umfrage nach der Abstimmung von 2011: Das Volk habe einen Spitalneubau zwar abgelehnt, aber sich klar für ein Landesspital ausgesprochen. Bereits im Vorfeld bezweifelte aber insbesondere die Freie Liste, dass Liechtenstein hier einen eigenen Weg gehen muss und sprach sich für eine Kooperation mit Grabs aus. Dass dies aber politisch tatsächlich opportun ist, wurde im Landtag stark bezweifelt.

### Bessere Angebote erhofft

Nach stundenlanger Diskussion zeigte sich am Donnerstagabend jedoch keine klare Tendenz, wo denn ein künftiges Spital stehen soll. So konnten einige nicht verstehen, warum das «Wille-Areal» für die Regierung



FBP-Fraktions-sprecher Daniel Oehry war mit seinem Antrag erfolgreich. Eine Entscheidung für eine Variante gibt es allerdings noch nicht. (Foto: Michael Zanghellini)

nicht attraktiv genug ist. Während manche Abgeordnete wiederum den von der Regierung favorisierten Neubau auf «grüner Wiese» in Vaduz befürworteten, war anderen das Angebot der Gemeinde Vaduz nicht gut genug - angesichts der hohen Reserven und dem mit 12,5 Millionen Franken gefüllten Spitalaufwands hätten sie sich mehr erhofft als «nur» sieben Millionen Franken. Zudem erwartet sich die Gemeinde einen gleichwertigen Bodentausch, was ebenfalls kritisiert wurde. Ausserdem rechneten die Abgeordneten damit, dass auch die Selemad Immobilien Anstalt, der das Klinikgebäude in Bendern gehört, noch ein besseres Angebot liefern wird. Landtagspräsident Albert Frick und der VU-Abgeordnete Christoph Wenaweser regten zudem an, eine günstigere Spitalvariante zu prüfen.

Die Regierung ging also nicht wie erhofft mit einem Auftrag für einen Finanzbeschluss für eine konkrete Variante aus dem Landtag. Zu viele Fragen waren noch offen. Vielmehr stimmten 17 Parlamentarier für den sehr offen gehaltenen Antrag des Abgeordneten Daniel Oehry, die Regierung solle die Erneuerung der Spitalinfrastruktur weiterverfolgen, vertieft prüfen und dem Landtag einen Finanzbeschluss vorlegen. Dabei sollen sowohl das Bendrer Gebäude, das Wille-Areal in Vaduz sowie weitere potenzielle «grüne Wiesen» im Land in Betracht gezogen werden. Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini erklärte, diesen möglichst noch vor dem Sommer zu erarbeiten.

### Opposition stellte auf stur

Mit Ausnahme des parteifreien Abgeordneten Johannes Kaiser, der

sich wenig überraschend vor allem für die Variante Bendern erwärmen konnte, stimmte die Opposition gegen Oehrys Antrag. Die Freie Liste forderte zunächst eine neue Strategie in Richtung mehr Kooperation, bevor man mit einem Infrastrukturprojekt für Jahrzehnte die Fakten einbetonierte. Auch die Neue Fraktion kritisierte, mit dem Bericht würde der zweite Schritt vor dem ersten gemacht. Sie stellte vor einer Entscheidung zur Infrastruktur erst eine personelle Änderung im Stiftungsrat des Spitals zur Bedingung. Der stellvertretende DU-Abgeordnete Ado Vogt riet, zunächst die gesundheitspolitischen Entwicklungen in der Region abzuwarten. Eventuell ergebe sich noch eine Gelegenheit zur Kooperation - «und bauen können wir sonst immer noch».

Mehr Landtag: **Seiten 4 und 5**

## Sexuelle Übergriffe Kirche verschärft ihre Richtlinien

**BASEL/MARIASTEIN/ST. GALLEN** Um sexuelle Übergriffe zu verhindern, verschärft die Schweizer Bischofskonferenz ihre Richtlinien. Sie wurden an der Vollversammlung der Schweizer Bischofskonferenz im Kloster Maria Stein verabschiedet, bei der das Kinderschutzzentrum im Vatikan thematisiert wurde. Sie treten heute, am 1. März, in Kraft, wie die Schweizer Bischofskonferenz (SBK) am Donnerstag mitteilte. Das bisher geltende und von Opfervertretern empfohlene «Vetorecht» von erwachsenen Missbrauchs-Opfern wird abgeschafft. Künftig müssen die Kirchenverantwortlichen in jedem Fall Anzeige bei den staatlichen Strafverfolgungsbehörden erstatten, wenn sie Kenntnis von einem Offizialdelikt erhalten. Bisher sahen die Richtlinien vor, dass erwachsene Opfer Einspruch gegen

die Erstattung einer Strafanzeige erheben konnten. Die Prävention gegen sexuelle Übergriffe solle in Zukunft systematisch angegangen werden, heisst es im Communiqué der SBK weiter. Bei jeder Anstellung im kirchlichen Umfeld muss in Zukunft ein Privatauszug und ein Sonderprivatauszug aus dem Strafregister vorgelegt werden. Dies gilt auch für bereits angestellte Mitarbeiter. Jede Diözese und jede Ordens- und andere kirchliche Gemeinschaft muss einen Präventionsbeauftragten bestimmen und über ein eigenes Präventionskonzept verfügen. Darin sollen zum Beispiel die Grundkriterien für eine professionelle Wahrung von Nähe und Distanz festgelegt werden. In den Diözesen Basel und St. Gallen sind die geforderten Massnahmen bereits weitgehend umgesetzt. (sda)

## Vorstoss gescheitert Bundesrat gegen Rauchverbot am Steuer

**BERN** Der Bundesrat zeigt seine liberale Ader und will das Rauchen am Steuer nicht verbieten. Seiner Meinung nach reicht die bestehende Vorschrift, wonach Autofahrer ihr Fahrzeug jederzeit beherrschen müssen, aus. Es gebe keinen Grund, «Nebentätigkeiten» wie Essen, Trinken oder Rauchen während des Autofahrens zu verbieten, hält die Schweizer Regierung in der am Donnerstag veröffentlichten Antwort auf eine Interpellation von Nationalrätin Isabelle Chevalley (Grünliberale Partei; Kanton Waadt) fest. Einzige Ausnahme sei das Telefonieren, wegen des besonders hohen Ablenkungs- und Gefährdungspotenzials. Auch Littering ist für den Bundesrat kein Argument. Das Umweltschutzgesetz schreibe schon heute vor, dass Abfälle umweltverträglich entsorgt werden müssten. Zudem sei

die Umweltbelastung durch Zigarettenstummel nicht im Detail bekannt. Chevalley wollte vom Bundesrat wissen, was er von einem Rauchverbot am Steuer hält und ob ein solches auf dem Verordnungsweg eingeführt werden könnte. (sda)

ANZEIGE  
**Einmal bezahlen, nachfüllen gratis.**  
Ein Becher pro Person.  
  
**SUBWAY**  
Subway® ist eine eingetragene Marke von Subway IP Inc. ©2017 Subway IP Inc.